

Kann auch ein Kongreß vorhandene Grundsätze nicht einfach beseitigen, so kann er doch viel zur Einheitlichkeit und auch zum Ansehen und zur Kraft unserer Bewegung beitragen, wenn er erkennen läßt, daß die große Mehrheit einig ist und die von ihr Abstrebbenden nur vereinzelt sind.

Die tiefste Grundlage der Kraft der Sozialdemokratie ist das Vertrauen des arbeitenden Volkes in sie. Und dies Vertrauen wird um so stärker und um so freudiger sein, je offenkundiger es sich zeigt, daß der Kern und die Masse der Partei einmütig dem gleichen Ziele mit gleichen Mitteln entgegenstrebt, und daß dies für die große Mehrheit aller Länder mit erheblicher sozialistischer Bewegung gilt.

Möge der internationale Kongreß von Amsterdam in diesem Sinne wirken, und er wird unsere große Sache mächtig fördern.

## Zur Lage in holland.

Von Henriette Roland-Holst.

In den bewegten Kämpfen der Monate Februar, März und April des vorigen Jahres zog die holländische Arbeiterbewegung die allgemeine Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich. Seitdem diese Kämpfe mit der Niederlage des Proletariats endeten, ist unsere noch kleine und schwache Bewegung wie gebührend vom ersten Platze zurückgetreten und nur noch wenig ist von ihr jenseits der Grenzen die Rede. Vielleicht interessiert es aber die ausländischen Genossen, die bald zu gemeinsamen Beratungen zu uns kommen werden, zu erfahren, wie die holländische Arbeiterklasse ihre Niederlage überstanden hat, wie sie jetzt gestellt ist und wie sich die Dinge nach dem stärksten Ausbruch des Klassenkampfes, den wir bis jetzt in unserem Lande erlebten, gestaltet haben.

Am Tage der Niederlage war es klar, daß sich die Stellung der Sozialdemokratie zu den Anarchisten wie zu den bürgerlichen Parteien noch verschärfen würde. Der gemeinsame Kampf hatte uns mit halb und ganz anarchistischen Elementen innerhalb der Arbeiterbewegung zusammengebracht, denen wir bisher immer scharf gegenüber gestanden hatten. Ein längeres Hand in Hand gehen war ausgeschlossen. Man hätte aber in Frieden auseinandergehen können, würden nicht die Anarchisten versucht haben, die Niederlage durch ihr „Verrat“=geschrei unserer Partei aufzubürden und sie in den Augen der Arbeiter herabzusetzen. Dieser Versuch mißlang jedoch vollständig. Auf den bewegten Versammlungen nach Beendigung des Streiks wurde ein Untersuchungskomitee eingesetzt, das dem sozialdemokratischen „Verrat“ auf die Spur kommen sollte. Es bestand in seiner Mehrheit aus Halb- oder Ganzanarchisten und Anarchogewerkschaftlern. Aber trotz mehrmonatiger Untersuchung gelang es dem Komitee nicht, auch nur Spuren von Verrat zu entdecken, — weil keine da waren. Diese einfachen Arbeiter erwiesen sich als zu ehrlich, um dem gehässigen Treiben der Anarchisten Dienste zu leisten.

So scheiterte der Versuch, den Anarchisten mit Hilfe sozialdemokratischen „Verrats“ wieder auf die Beine zu helfen. Wie begreiflich, war das gänzliche Scheitern des Aprilstreiks, das doch offenbar nicht durch zufällige Umstände, sondern durch die innere Schwäche der Arbeiterorganisation herbeigeführt wurde, wenig geeignet, die anarchistische Propaganda für den Generalstreik als Allheilmittel zu fördern.

Die Niederlage hatte einen traurigen Einfluß auf die ganze Gewerkschaftsbewegung, mit Ausnahme natürlich des Bundes der Diamantarbeiter, der ja mit den übrigen Gewerkschaften gar nicht in einem Atem genannt werden kann. Alle anderen verloren an Mitgliedern; bei einigen war der Verlust sehr stark, von den kleinen, schwachen Gewerkschaften gingen viele ganz ein. In Amsterdam, wo sich die Arbeiterschaft dem Aprilstreik fast ohne Ausnahme angeschlossen hatte, gingen 10000 Mitglieder den Gewerkschaften verloren. Es kamen schwere Tage für das Proletariat. Von den Eisenbahngesellschaften und einer ganzen Reihe Unternehmungen in Industrie und im Transportgewerbe wurden viele Teilnehmer am Aprilstreik ausgesperrt; die Zahl der Ausgesperrten betrug in den ersten Wochen nach dem Streik nicht weniger wie 5000, und sie nahm nur langsam ab. Mit der größten Anstrengung war es dem geschwächten Proletariat nicht möglich, eine so große Zahl von Gemäßigten auf längere Zeit gebührend zu unterstützen, und viele versanken in bittere Armut, einige wanderten aus.

Die Folgen des Streiks blieben nicht ohne Einfluß auf die Gewerkschaften. Der Glaube an den Generalstreik als Allheilmittel wurde geschwächt und die damit zusammenhängende Abgeneigtheit gegen die Methoden des modernen Gewerkschaftswesens und der politischen Aktion nahm ab. Das jammervolle Ende des Streiks in allgemeiner Verwirrung und Zwietracht (wenigstens in Amsterdam) war faktisch das Jena des anarchisistischen Wahnes, der denkt, die kapitalistische Gesellschaft und den Staat besiegen zu können ohne festgefügte Organisation und starke Disziplin.

Aber auf dieses Jena wird ein Neuaufbau folgen. Die Gewerkschaften sind mehr oder weniger reduziert und erholen sich nur langsam, aber sie haben viel Utopisches abgeschüttelt und es macht sich in ihren Beschlüssen immer ein Streben bemerkbar nach besserer Organisation und Methode. Aus dem Bunde der Textilarbeiter und dem gut geleiteten, ziemlich kräftigen Bunde der Zigarrenarbeiter ist die geräuschvolle anarchisistische Minderheit ausgetreten, was dem Gedeihen der Organisation nur zugute kommen kann.

Ein anderes erfreuliches Zeichen ist, daß der alte Hort von Unverantwortlichkeit, Dummheit und Desorganisation in der Gewerkschaftsbewegung, der Sammelpunkt der ganz- und halb-anarchistischen Tendenzen, das „Nationalarbeitssekretariat“, fortwährend an Einfluß und Mitgliedern verliert. Wie bei einer Ruine bröckelt bald dieses, bald jenes Stück von ihm ab und eines schönen Tages wird es ganz zusammenstürzen. Eine Gewerkschaft nach der anderen sagt sich von ihm los und nur die schwächsten und unbedeutendsten bleiben bei ihm. So wird auf ungesuchte Weise das Zustandekommen eines neuen Sekretariats oder einer Generalkommission auf besserer Grundlage vorbereitet. Die Schwäche aller Gewerkschaften, von denen keine einzige außer dem Bunde der Diamantarbeiter ein wirklich in sich mächtiges Gebilde darstellt, macht eine Föderation in der einen oder anderen Form unentbehrlich, und hoffentlich wird es bald dazu kommen.

Es ist also eine glückliche Folge des mißglückten Streiks gewesen, daß sich den Arbeitern die Augen öffneten für die irreführenden anarchisistischen Illusionen. Die Zeit ist vorbei, da das Schlagwort des Generalstreiks die Masse von dem mühevollen Wege der täglichen organisatorischen und Kampfarbeit abhalten könnte. Und weil die Anarchisten dies einsehen, suchen sie ein neues Schlagwort im Antimilitarismus, wie der vor kurzer Zeit in Holland abgehaltene

antimilitaristische Kongreß beweist. Durch ihn hoffen sie ihren Einfluß auf die Gewerkschaften zu stärken. Dieser neue Schlachtrup bringt sie zusammen mit den „christlichen Anarchisten“, die in unserem Lande unter idealistisch gesinnten, aber unklaren Elementen der bürgerlichen Klasse ziemlich stark vertreten sind. Die Verworrenheit und Schwammigkeit, die aus der Verbindung solcher ungleicher Elemente folgen muß, hat dieser Kongreß hinlänglich gezeigt.

Es wäre aber unrecht, den Einfluß der Anarchisten in unserem Lande zu unterschätzen. Der alte Tomela Nieuwenhuis übt noch immer eine gewisse Anziehungskraft aus, und außer ihm verfügen sie noch über einige gewandte Redner. In Amsterdam gelingt es ihnen noch, ganz ansehnliche Versammlungen aufzubringen, und in einigen Gegenden, wie der industriellen Twente, haben sie einen ziemlichen Anhang. Es hat dies seine Gründe in der ganzen politischen und sozialen Verfassung unseres Landes, wie in seiner Geschichte, die den Individualismus großgezogen hat. Damit wird der Anarchismus sich vermutlich noch vorläufig halten und nur langsam vor der größeren Teilnahme der Arbeiter am politischen Leben zurückweichen.

Der Sieg der verbandeten christlichen Parteien im Jahre 1901 und die Ereignisse des Frühjahrs 1904 haben beide dazu beigetragen, das politische Leben zu fördern und die Klassengegensätze zum Bewußtsein zu bringen. Nach dem Siege der Ordnungspartei im April 1904 fühlte die Regierung sich wie ein siegreicher General. Sie hatte das Vaterland, hatte Ordnung und Gesetz vor der Revolution gerettet; die ganze Bourgeoisie, mitamt der liberalen Partei, lag ihr zu Füßen und blickte voller Bewunderung zu der „starken Regierung“ empor. Diese ging mit der größten Brutalität gegen die Sozialisten und unabhängigen Gewerkschafter vor. Der Ministerpräsident Kuiper hatte die streikenden Eisenbahnarbeiter „Missetäter“ genannt; jetzt stellte er die Sozialdemokratie „außerhalb der sittlichen Gemeinschaft der Nation“. Ein scharfer reaktionärer Wind wehte durch das Land, wie unsere junge Partei ihn noch nicht erlebt hatte. Von oben, von der Regierung kam er herab und verbreitete sich über die öffentliche Meinung. Unsere Genossen Van der Goes und Hugenholts wanderten wegen „Aufreizung“ ins Gefängnis; sozialdemokratische Lehrer und Lehrerinnen an den Kommunalsschulen, die sich an der Agitation beteiligt hatten, wurden von den Gemeinderäten entlassen. Desgleichen Genosse Lindeman, Lehrer an einer staatlichen agrarischen Hochschule, weil er sich in einer Versammlungsrede einen mehrerbietigen Ausdruck gegen den holländischen Pseudo-Bismarck, den Minister Kuiper, erlaubt hatte.

Eine reaktionäre Regierung braucht ein „zuverlässiges“ Heer. Eine unumgängliche Folge der Frühjahrsereignisse war eine Verschlimmerung des Militarismus, nicht bloß seiner quantitativen, sondern auch seiner qualitativen Seite nach. Dies war besonders der Fall bei der Marine. Es besteht schon seit Jahren ein Bund der Marinematrosen, der wie jede andere Gewerkschaft die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen seiner Angehörigen zum Ziele hat. Seit er besteht, hat sich die Moralität bei der Marine bedeutend gebessert und der Alkoholismus abgenommen. Gegen diesen Bund beschloß die Regierung mit großer Energie einzuschreiten. Gesehlich war ihm nicht beizukommen, da die Verfassung von 1848 allen Bürgern die uneingeschränkte Vereinsfreiheit gewährt. Damals war ja von einem modernen kampfstüchtigen Proletariat in Holland noch keine Spur, und die Bourgeoisie von dieser Seite ganz ohne Sorge! Mit allerlei Kleinlichen Schikanen wurde versucht, dem Bunde beizukommen. Es

wurde ihm die Rechtspersönlichkeit entzogen, die Vorstandsmitglieder und leitende Persönlichkeiten stets von neuem entlassen, und in letzter Zeit ist sein Blatt auf allen Schiffen der holländischen und indischen Marine verboten. Das Vereinsrecht besteht in Wahrheit für die Marinematrosen nicht mehr.

So wie ihre politische, gebrauchte die Bourgeoisie ihre ökonomische Macht, um das übermündete Proletariat zu knechten. In einer ganzen Reihe von Gewerken, besonders wo die Organisation sehr schwach war, wurden Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft oder zur sozialdemokratischen Partei entlassen. Am unerträglichsten schaltete die Tyrannei bei den großen Eisenbahngesellschaften, die, um die „rote Brut“ ganz aus ihrem Personal auszurotten, ein wahres Spionagesystem einrichteten. Der einst so mächtigen Gewerkschaft der Eisenbahner, die am Tage nach ihrem glänzenden Siege vom 31. Januar 1903 bis zu 10000 Mitgliedern anschwoll, sind einige Hunderte von Tapferen treu geblieben, die ganz wie in Preußen, so in unserem „freien Lande“ nur insgeheim zu der Union stehen können.

\* \* \*

Die Regierung hat sich den Kampf gegen die unabhängige Arbeiterbewegung als ihr besonderes Ziel gesetzt. Und doch arbeitet sie ihr durch ihre Politik in ungleich größerem Maße in die Hände, wie dies bei einer liberalen Regierung der Fall gewesen wäre. In einer großen Debatte, die im Herbst im Parlament zwischen Liberalen und Alexikalen stattfand über beider Vorzüge in der Vernichtung der Sozialdemokratie, pochten die Liberalen auf die wissenschaftliche Vernichtung des Marxismus als auf ihren Privatbesitz; die Calvinisten aber brüsteten sich mit den „Dingen des Herzens“ und wiesen mit Stolz auf die Religion als die sicherste Ausrüstung gegen den Umsturz hin. Mit Recht konnten unsere Redner betonen, wie wenig wir der einen wie der anderen Waffe fürchten, wie nur wir Wissenschaft und Ideal vereinen.

Kurz nachher fand die Regierung Gelegenheit, den Ernst ihres sittlichen Standpunktes (sie trat ja auf mit der Annahme, die sittlichen Grundsätze des Volkes auf christlicher Grundlage zu erneuern) zu beweisen. Eine ganze Reihe finanzieller Krachs bei Banken und Aktiengesellschaften hatten im Sommer und Herbst 1903 stattgefunden und einige davon waren mit skandalösen Schwindelgeschichten verquickt. Die Justiz war aber zur allgemeinen Verwunderung nirgends eingeschritten. In einer ausgezeichneten, an Enthüllungen sehr reichen Rede legte Genosse Troelstra den unerquicklichen Tatbestand dar, zeigte an ihm den Verfall der kapitalistischen Wirtschaft und forderte den Justizminister auf, falls dergleichen Schwindelereien durch Gesetze nicht beizukommen wäre, bald ein neues Gesetz einzubringen, um die Schwindelereien der Aktiengesellschaften einzuschränken. Jetzt aber, da es sich nicht um proletarische, sondern um kapitalistische „Wühlereien“ handelte, war die Regierung ebenso zahm und flau, wie im Frühjahr unerbittlich und heftig. Der Justizminister zeigte sich natürlich „entkräftet“ über Troelstras „Insinuationen“ gegen die Gerichte und verlangte von ihm Mitleid mit den „bedauernswerten Opfern“, womit nicht etwa die ruinieren Gläubiger, sondern die bankrotten Finanzmänner gemeint waren. Es ist ja eine schöne Sache um das christliche Mitleid: nur schade, daß es manchmal etwas sonderbar ist!

Dieses Vorkommnis machte großen Eindruck im Lande. Troelstras Rede wurde in Tausenden Exemplaren verbreitet und die brabantischen Arbeiter,

denen die Sozialdemokraten von der klerikalen Presse immer wie Räuber und Mörder vorgemalt waren, hörten mit Staunen, wie einer dieser Bande jetzt für bürgerliche Ehrlichkeit und Redlichkeit auftrat — und von den gottesfürchtigen Männern, die das Land regieren, im Stich gelassen wurde.

In diesem dritten Jahre seiner Regierung mußte das Ministerium Ruypers endlich mit seiner gesetzgeberischen Arbeit beginnen. Es hatte versprochen, das Volk sowohl sittlich wie materiell zu heben, es hatte bis jetzt eine Unmenge Vorlagen eingebracht, aber nur ein Gesetz geschaffen: das Zwangsgesetz gegen die Eisenbahner. In diesem Frühjahr wurden endlich zwei Gesetze im Parlament eingebracht. Das erste bezog sich auf das höhere Unterrichtswesen. Es bezweckt, außer der Errichtung von freien Lehrstühlen an den Staatsuniversitäten, die Errichtung von „freien“ Universitäten zu fördern. Zu diesem Zwecke gibt es ihnen, ohne ausreichende Garantien für ihre Tüchtigkeit, Beiträge aus der Staatskasse und für die auf ihnen absolvierten Prüfungen ohne ergänzende Prüfung den effectus civilis.

Es gibt aber nur eine „freie“ Universität im Sinne des Gesetzes: die Calvinistische Hochschule Amsterdams. Und in absehbarer Zeit wird wohl keine andere errichtet werden. Es ist dies also klipp und klar ein parteiisches Gesetz, dazu bestimmt, den mit calvinistischem Geiste erfüllten Zöglingen zu staatlichen Stellen und zu verhelfen. Der Regierungsapparat, die Justiz, die Verwaltung, bisher überwiegend von Liberalen besetzt, sollen in die Hände seiner Parteigänger kommen, damit die Segnungen der „christlichen“ Auffassung durch tausend Kanäle in unserem Volke verbreitet werden.

Auffallend war bei den Beratungen die schwache Haltung einiger liberaler Wortführer. Der ganze geistige Verfall des Liberalismus, der, alt und stich geworden, die Sünden seiner ungläubigen, wahrheitsdürstenden Jugend bereut, zeigte sich dabei. Die Herren beteuerten, daß sie dem früheren aufklärerischen Geiste der Universitäten jetzt abgeneigt und von der Möglichkeit einer „gläubigen Wissenschaft“ überzeugt seien.

Der schmähliche Gang nach Canossa trug aber keine Früchte. Obgleich das Gesetz auch unter den eigenen Verbündeten Mißbilligung fand und die Pfarrer der holländischen Reformierten Kirche dagegen petitionierten, setzte der „starke Mann“ seinen Willen durch und die ganze gefügige Mehrheit mit nur einer Ausnahme stimmte dafür. Die Arbeiterklasse brachte begreiflicherweise dem Schicksal des Gesetzes nur geringes Interesse entgegen.

Die zweite Arbeit der Regierung war ein Gesetz gegen den Alkoholismus, womit sie sich gründlich blamiert hat. Den katholischen Verbündeten zuliebe hatte sie ihren Entwurf, ehe er der Kammer vorgelegt wurde, in Vergleich zu der ursprünglichen Fassung schon bedeutend verschlechtert, und er wurde trotz vieler stolzer Worte und Gebärden bei der endlos sich hinschleppenden Diskussion schrittweise zurückgedrängt. Die Verhandlungen gereichten Dr. Ruypers gesetzgeberischem Talent ebensowenig zur Ehre, wie der Festigkeit seines Charakters. Dem Gesetz fehlt alles, was ein gutes Antialkoholgesetz enthalten muß, um populär zu werden und durchführbar zu sein: klar und scharf bestimmt, in großen Zügen vom demokratischen Geiste beseelt. Es ist im Gegenteil ein wirres Gewebe von Strafbestimmungen, ein wahrer juristischer Rattenkönig. Die Antialkoholpresse verurteilte es scharf und hoffte auf seine Verwerfung. Bloß die Alkoholbekämpfer von der Regierungspartei entdeckten in ihm eine reiche Fülle von Schönheiten und stimmten geschlossen dafür. Unsere

Genossen, die mit großem Fleiße bis zuletzt versuchten, das Gesetz zu verbessern, und manche von den Katholiken vorgeschlagene Schwächung verhüteten, stimmten gegen dies heuchlerisch „soziale Gesetz“, wie sie einige Jahre vorher gegen das ebenso ungenügende Schulpflichtgesetz der Liberalen gestimmt hatten.

Dies ist alles, was die Regierung bis jetzt an gesetzgeberischer Arbeit geleistet hat. Für die Arbeiter ist nichts geschehen. Wohl aber sind verschiedene für sie bedeutame Entwürfe eingebracht, unter anderem ein neues Arbeiterschutzgesetz, eine Regelung des Arbeitsvertrags und ein neues Zollgesetz. Das neue Arbeiterschutzgesetz enthält einige wirkliche Verbesserungen, wie den Zehn- und Zwölfstundentag für Frauen. Aber der zweite Entwurf brachte im Vergleich zu dem Vorentwurf wieder bedeutende Verschlechterungen: so wird das Schutzalter für Kinder von dreizehn auf zwölf Jahre herabgesetzt, der Elfstundentag in der Textilindustrie beibehalten usw. Dies ist dem Einfluß der liberalen Textilunternehmer von Tivente zuzuschreiben, die selbstverständlich den Untergang der Industrie prophezeiten, wenn es ihnen nicht wie bisher erlaubt bliebe, Frauen und zwölfjährige Kinder in ihren Fabriken elf Stunden abzurackern. Es wüßte der Entwurf lunterbunt alle möglichen Bestimmungen über Arbeitszeit, Hygiene usw. durcheinander und enthält unter anderem auch einen lächerlich reaktionären Anlauf zu einer Regelung des Lehrlingswesens, der die Wieder-einführung der Gilden zum Endzweck hat. Die ganze schon bestehende Arbeiterschutzgesetzgebung ist in diesen Entwurf mit hineingeschmolzen, damit das Gesetz zu Ehren seines Urhebers recht stattlich aussehe: zählt es ja nicht weniger wie 444 Paragraphen!

Der Entwurf des Arbeitsvertrags enthält außer einigen ziemlich unbedeutenden oder schlechtgefaßten Schutzbestimmungen manche für die Arbeiter ganz unannehmbare Bestimmungen. Die schlimmste aller hat Bezug auf die Kündigungsfrist. Das Gesetz macht die Länge der Kündigungsfrist abhängig von der Anzahl Jahre, die der Arbeiter bei dem Unternehmer in Arbeit steht, und zwar kann die Kündigungsfrist von einer Woche bis zu achtundzwanzig Wochen betragen und ist natürlich für die verschiedenen Arbeiter einer Fabrik durchaus verschieden, was faktisch jeden Streik unmöglich machen würde. Weiter gestattet der Entwurf dem Unternehmer, ein Fünftel des Lohnes einzubehalten, führt das „Arbeitsbuch“ ein usw. Ein weiterer Nachteil ist, daß er nur den individuellen, nirgends den gemeinsamen Vertrag berücksichtigt.

Diese zwei Entwürfe, für die Arbeiter von so großer Bedeutung, waren dazu angetan, sie aus ihrer politischen Lethargie aufzurütteln und zu gemeinsamer Aktion zusammenzubringen. Bald fand sich in einem Komitee unsere Partei mit all den unabhängigen Gewerkschaften, im ganzen 40000 Arbeiter, zusammen. Die erste Aktion dieses Komitees wird es sein, eine allgemeine Agitation gegen diesen, den Arbeitern als „Schutz“ aufgedrungenen Arbeitsvertrag ins Leben zu rufen. Auch die katholischen Gewerksvereine haben den Entwurf sehr mißbilligend besprochen. Wahrscheinlich wird die Regierung die Vorlage ändern.

Der dritte Entwurf ist eine halb fiskalisch, halb protektionistisch bezweckte Änderung des Zolltarifs. Es wird darin für eine Anzahl von Artikeln der Zoll erhöht oder verdoppelt. Unter diesen sind viele, die zu den täglichen Konsumartikeln der arbeitenden Klasse gehören. Käme dies Gesetz zustande, so würde es eine beträchtliche Verschlechterung ihrer Lage bedeuten. Die Löhne würden nicht, jedenfalls nicht genügend, steigen, um die Preiserhöhung einer Anzahl Lebensmittel gutzumachen: dazu sind die Gewerkschaften zu schwach.

Die Liberalen, auf den Freihandel eingeschworen, zetern und schreien gegen das Gesetz wegen seiner protektionistischen Tendenzen und möchten zu gerne die Arbeiter von den Herrlichkeiten des Freihandels überzeugen. Sie fürchten von dem Gesetz eine Schädigung des Handels; besonders in dem großen Transithafen Rotterdam agitiert die liberale Partei energisch gegen die Zollerhöhung.

Die Liberalen möchten gern die „Parole für den Freihandel“ zu ihrem gemeinsamen Schlachtruf bei den allgemeinen Wahlen vom nächsten Jahre machen. Eine negative Wahlparole ist immer bequem und könnte dazu dienen, die große Uneinigkeit, die bei den Liberalen bezüglich des allgemeinen Wahlrechtes besteht, zu verdecken und in den Hintergrund zu drängen. Leider aber zieht diese Parole nicht: das haben die vor kurzem stattgefundenen Wahlen zu den Provinzialstaaten bewiesen. Sie hatten diesmal, obgleich die Provinzialstaaten weit mehr administrativer wie politischer Natur sind, ein ganz politisches Gepräge. Denn aus ihnen geht die Erste Kammer hervor, und es war die Frage, ob diese, bis jetzt immer liberal, es in der nächsten Zukunft bleiben würde. Unsere Partei nahm an diesen Wahlen teil, obgleich sie, wie begreiflich, wenig dazu angetan sind, die Massen aufzurütteln. Wo die Umstände es möglich machten, stellten wir eigene Kandidaten auf; wo dies nicht möglich war und unsere Stimmhaltung eine klerikale Mehrheit in den Provinzialstaaten zur Folge haben mußte, sowie bei der Stichwahl unterstützten wir die liberalen Kandidaturen. Von einem Bündnis oder Kompromiß war wohlverstanden nicht die Rede; wir gaben unsere Hilfe, weil das Regiment Kuyper gleichbedeutend ist mit Knechtung der Arbeiter und Reaktion und weil es uns vorteilhaft erschien, daß nicht auch in der Ersten Kammer eine christliche, mit der Regierung einverständene Mehrheit vorhanden sei.

Bei den Wahlen gelang es uns, den Genossen Taf — der zu gleicher Zeit auch als der zweite sozialdemokratische Abgeordnete in den Gemeinderat von Amsterdam gewählt wurde — in der Stichwahl durchzubringen für den gleichen Wahlbezirk, den Genosse Troelstra im Parlament vertritt.

Der Ausgang der Wahl gereichte den Liberalen nicht zum Vorteil. In den Provinzialstaaten haben die christlichen Parteien jetzt die Mehrheit und also die zukünftige Erste Kammer in ihrer Hand. Am 14. Juli wurde das Gesetz über das höhere Unterrichtsweisen von der jetzigen, in der Mehrheit liberalen Ersten Kammer verworfen, und durch diesen Akt sind vielleicht ihre Tage gezählt. Nichts steht Kuyper im Wege, sie aufzulösen und aus den Provinzialstaaten eine neue, gefügige Mehrheit hervorgehen zu lassen. Vielleicht aber bestimmen politische Rücksichten ihn, den Gewaltmenschen, nicht so schroff vorzugehen und zu warten, bis die Frucht ihm von selbst in den Schoß fällt. Jedenfalls wird der in Holland einst so mächtige Liberalismus bald seinen letzten Stützpunkt verlieren und seine Herrschaft vollständig gestürzt werden. Gewiß wirkt bei einem Teile der Bourgeoisie die alte Ideologie, die Tradition des Antiklerikalismus noch stark und sie stehen dem „christlichen“ Regiment voll Haß gegenüber. Aber ein anderer Teil sieht in diesem Regiment den besten Schutz gegen die Arbeiterbewegung. Es ist derselbe Teil, der bei den Wahlen von 1901 das liberale Ministerium Vorgesius, seiner Arbeiterschutzgesetzgebung halber, im Stich ließ. Daß die Religion dem Volke erhalten bleiben muß, insoweit sie es zufrieden und untertänig erhält und eine Schutzwehr bildet gegen den vordringenden Sozialismus — davon wird auch unsere Bourgeoisie mehr und mehr überzeugt. Der Liberalismus fühlt, daß die christlichen Parteien zur

Verteidigung der kapitalistischen Ordnung sehr tauglich sind, vielleicht tauglicher wie er selber. Und in einer Anzahl wichtiger Fragen: Militarismus, Kolonialpolitik, stimmen Liberale und Klerikale ja vollständig überein, wie sie voriges Jahr übereinstimmten in der Entrechtung der Arbeiter.

Die Liberalen können — wenn die jetzige Regierung es nicht zu toll treibt — nur wieder an die Regierung kommen durch einen Zug nach links. Dies unterstellt eine Einigung in der wichtigen Frage des allgemeinen Stimmrechtes. Dazu wird es in den ersten Jahren wohl schwerlich kommen, und so wird auch für Holland die Signatur der nächsten Zeit sein: Erstarken der äußersten Parteien, der Klerikalen und Sozialdemokraten, auf Kosten des Liberalismus.

Unserer Partei fällt mehr und mehr die ganze Wucht des Kampfes gegen die Reaktion zu. Und diese Reaktion ist keine öffentlich enthüllte, sondern eine mit allerhand heuchlerischen Redensarten verbrämte, die auf kleinem, persönlichem Wege, mit Hilfe von Lügen und Verleumdungen dem Gegner zu Leibe geht. Der Kampf ist nicht leicht. Unsere Gegner verfügen über eine ausgezeichnete Organisation, eine weitverbreitete Presse, und in den Geistlichen und Lehrern der konfessionellen Schulen über eine große Armee von Propagandisten. Da aber die „christliche“ Politik sich als eine in Mark und Bein kapitalistische entpuppt hat und auf all die schönen Reden, mit denen Dr. Kuyper in seiner Oppositionszeit dem Mammon zu Leibe ging, nur Liebestaten für diesen Mammon folgten, beginnt unter den christlichen Arbeitern eine gewisse Enttäuschung aufzukommen. Um ihre Blicke vom Felde des Lebens abzuwenden, füttern ihre Führer sie mit zur Karikatur verzerrtem Marxismus. Sie fühlen sich allzuschwach auf dem Boden der Tatsachen, deshalb versuchen sie die Arbeiter von uns abzuhalten durch die Aufdeckung des Materialismus und der Gottlosigkeit der Sozialdemokratie. Auch diese Kampfmethode hat ihr Gutes, da sie uns darauf hinleitet, eine sehr prinzipielle Propaganda zu treiben.

\* \* \*

In wenigen Wochen werden wir die Freunde haben, die Wortführer der internationalen Sozialdemokratie in unserer Mitte zu begrüßen. Bei manchem wird dann die Erinnerung auftauchen an das vorige Mal, da in Holland ein internationaler Sozialistenkongreß tagte: wir meinen den Haager Kongreß von 1872, den letzten der Internationale. Damals war von einer proletarischen Bewegung in unserem Lande fast keine Spur, die wenigen schwachen Sektionen der Internationale sind ja kaum zu nennen. Unser Proletariat war noch kaum der furchtbaren Degradation und dem Pauperismus entwachsen, worin es fast ein Jahrhundert fortvegetiert hatte. Es war viel zu knechtisch gestimmt, zu unwissend und hoffnungslos, um das starke und hohe Ideal der Sozialdemokratie ahnen zu können.

Noch wirkt es peinlich, in dem Bericht, der von bürgerlicher Seite über den Haager Kongreß gegeben wurde, zu lesen, wie damals eine rohe, lärmende Menge durch Gelächter und Singen orangistischer Volkslieder die öffentlichen Sitzungen des Kongresses störte.

Zwischen damals und jetzt liegen zweieunddreißig Jahre. In diesem Zeitraum fällt eine verhältnismäßig rasche kapitalistische Entwicklung Hollands und fällt auch das Erwachen seines Proletariats. Es entstand die alte Bewegung in den achtziger Jahren, um nach kurzem Aufblühen in den neunzigern zu-



grunde zu gehen. Und im gleichen Monat, in dem das Weltparlament des Proletariats zusammenkommt, werden es zehn Jahre, daß unsere Partei gestiftet wurde. Damals schien der Kampf gegen den Einfluß von Domela Nieuwenhuis und die anarchistische Richtung vorläufig ziemlich aussichtslos. Jetzt haben wir eine festgefügte sozialdemokratische Organisation von 6000 Mitgliedern, ein Tageblatt, fast ein Duzend Wochenblätter und ein wissenschaftliches Monatsblatt. Unsere Fraktion ist im Parlament die Führerin der demokratischen Opposition gegen das jetzige Regiment; in eine Anzahl Gemeinderäte drangen wir ein; es wächst unser Einfluß im gesellschaftlichen Leben und unser Anhang bei der Intelligenz. Die Masse der Arbeiter freilich steht uns noch fern: sie befinden sich im klerikalen oder im anarchistischen Lager, oder sind noch völlig teilnahmslos und unbewußt. Aber der Kern der Arbeiter hört auf uns und folgt unserer Leitung.

Als Wilhelm Liebknecht vor acht Jahren Holland besuchte und in Amsterdam einen Vortrag hielt, wagte unsere Partei es nicht, ihn daselbst festlich zu begrüßen: aus Furcht vor einer feindlichen Demonstration der „antipolitischen“ Arbeiter. Dies Jahr zogen am ersten Mai in diesem selben Amsterdam 10000 Männer und Frauen durch die Stadt, um mit uns für den Achtstundentag und das allgemeine Wahlrecht zu demonstrieren. Und auf dem großen Meeting, das wir zum Eröffnungstag des Internationalen Kongresses planen, wird das Proletariat zu Tausenden kommen, um die Vorkämpfer der Arbeiterklasse aller Länder begeistert zu begrüßen.

In einer kleinen Besonderheit kann man den Unterschied in der Stellung des Sozialismus auch in Holland vor zweiunddreißig Jahren und jetzt deutlich messen. Der Haager Kongreß wurde abgehalten in einem schmutzigen, unansehnlichen Saale, der viel zu wenig Raum bot für Abgeordnete und Publikum. Es stand der von der bürgerlichen Presse Räuber- und Mörderbande gescholtenen Internationale kein anderes Lokal zur Verfügung. Jetzt aber werden wir tagen in einem der schönsten und geräumigsten Gebäude Amsterdams, dem Konzerthaus, wo sonst die Bourgeoisie der Musik der großen Meister lauscht, die sie, wie fast allen Lebensgenuß, zu ihrem Monopol gemacht hat. Jetzt werden keine Sinfonien durch die Säle rauschen, sondern eine andere Musik wird sie erfüllen: der Flügelschlag der kommenden Zeit, der den Unterdrückten die Freiheit und über die Erde ein neues Glück: die Brüderlichkeit und Einheit des Menschengeschlechtes bringen wird.

## Sozialpolitisches aus den Berichten der Arbeitersekretariate für 1903.

Von **Gustav Hoch** (Hanau).

### I.

Neben den Berichten der Gewerbeinspektoren sind die der Arbeitersekretariate eine der bedeutungsvollsten Quellen für die Erkenntnis unserer wirtschaftlichen Zustände geworden. Daher erscheint es angebracht, die wichtigsten Mitteilungen dieser Berichte weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Leider können wir hierbei noch nicht die Berichte aller Arbeitersekretariate berücksichtigen. Denn